



Dr. Christoph Wolk
Vorsitzender
VBE Südbaden

VBE fordert mehr Investitionen in Bildung

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) ist erfreut darüber, dass Bundesfinanzminister Schäuble im Jahre 2016 über 6 Milliarden Mehreinnahmen an Steuern verzeichnen konnte. Ebenso kann die Finanzministerin des Landes Baden-Württemberg auf 835 Millionen höhere Steuereinnahmen als erwartet blicken. Für den VBE ist deshalb klar: Die Steuermehreinnahmen müssen zu großen Teilen in die Bildung fließen. Christoph Wolk, der Vorsitzende des VBE Südbaden: „Gut ausgebildete Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft, an der Bildung darf deshalb keinesfalls gespart werden.“ Der VBE könne entsprechende Forderungen nicht nachvollziehen. Die ständigen Appelle der Finanzminister zu weiteren Einsparungen und Stellenstreichungen seien für zukünftige positive Entwicklungen kontraproduktiv. „Der erwirtschaftete Überschuss muss dafür genutzt werden, die Bildungssituation zu verbessern und Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zu erreichen“, forderte Wolk.

Der VBE spricht sich zudem für eine Abschaffung des Kooperationsverbotes im Bildungsbereich aus. Dann könne der Bund in Bildung, „die wichtigste Ressource dieses Landes“, investieren. Höchste Priorität müsse die Versorgung des Bildungssystems zur Bewältigung der offenen Fragen Digitalisierung, Inklusion und Integration von Flüchtlingen haben, betonte Wolk. „Das können die Länder nicht allein schaffen, hier muss der Bund entlasten. Strukturen, die eine direkte Finanzierung von Bildung verhindern, gehören abgeschafft.“

Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigen, dass Deutschland bei den Bildungsausgaben pro SchülerIn und Studierenden noch hinterherhinkt. „Obwohl Deutschland so finanzkräftig ist, belegen wir nur einen Mittelfeldplatz, knapp unter dem OECD-Durchschnitt. Das war schon früher ein Skandal. Aber aufgrund der steigenden Herausforderungen und der besonderen Belastungen durch die genannten Fragen darf sich der Bund angesichts der Milliarden Gewinne nicht länger aus der Verantwortung stehlen“, erklärte Wolk.

Der VBE ist die Vertretung der Lehrkräfte an Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen, sowie an sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ). Er vertritt landesweit mit über 17 000 Mitgliedern die Interessen von 80 000 Lehrkräften an diesen Schularten. In Südbaden sind davon über 5000 im VBE organisiert.